

P 03 – 301

**Sich kreuzende Blickwinkel
auf innerstaatliche Gewalt und Krisenprävention.
Ein Workshopbericht**

**Sven Chojnacki, Wolf-Dieter Eberwein,
Andreas Mehler (Hrsg.)**

unter Mitarbeit von
Katharina Hofmann und Sergius Seebohm

Januar 2003

Arbeitsgruppe: Internationale Politik

Leiter: Prof. Dr. Wolf-Dieter Eberwein

Tel: (030) 25 491 564

Fax: (030) 25 491 561

Email: eberwein@wz-berlin.de, svencho@wz-berlin.de

Internet: <http://www.wz-berlin.de/ag/ip>

Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund ordnungs- und sicherheitspolitischer Herausforderungen im 21. Jahrhundert (Wandel der Gewaltformen, Möglichkeiten und Grenzen von Präventions- und Interventionsmaßnahmen) stellt sich die Frage, welchen theoretischen und praxeologischen Beitrag die friedenswissenschaftlich relevanten Teildisziplinen Friedens- und Konfliktforschung, Internationale Beziehungen und Regionalwissenschaften leisten können. Damit verbunden ist das Problem, inwieweit ein „Triolog“ zwischen den Teildisziplinen möglich ist und ob die bislang voneinander abgekoppelte Forschungslandschaft sinnvoll verbunden bzw. überwunden werden kann. Die Klärung dieser doppelten Problematik stand im Mittelpunkt des Workshops zu den „sich kreuzenden Blickwinkeln auf innerstaatliche Gewalt und Krisenprävention“. Die vorliegende Zwischenbilanz bietet nicht nur eine Bestandsaufnahme der jeweiligen Forschungslogiken und Zugänge sowie eine Identifikation erkennbarer friedenspolitischer Defizite, sondern benennt auch Anknüpfungspunkte für die theoretische und methodische Weiterentwicklung und institutioneller Kooperationsformen.

Abstract

Multifaceted challenges in the normative patterns of international order and security policy in the 21st century (changing forms of violence, opportunities and limits in conflict prevention and intervention) raise serious questions – theoretically and practically – to the disciplines of peace and conflict studies, international relations and area studies. This issue is interlinked with the question, in how far a “trialogue” among the disciplines is possible and how gaps could be overcome. In trying to clarify these problems, the workshop “interlocking perspectives on intra-state violence and crisis prevention” offers a starting point for future debates and research strategies. In particular, this paper presents a summary of the particular research logics and theoretical approaches as well as it reveals observable deficits in current peace policies. Moreover, it provides focal points for theoretical and methodological developments and further forms of institutional co-operation.

Inhalt

Vorbemerkung

1. Einführung	1
1.1 Wissenschaftliche Blickwinkel auf Konflikt und Prävention (<i>Volker Matthies</i>)	1
1.2 Regionales Wissen – global-lokales Handeln: Schwachstellenanalyse aus DÜI-Perspektive (<i>Andreas Mehler</i>)	3
1.3 Debatte.....	7
2. Die verschiedenen Blickwinkel auf Konflikte	8
2.1 Internationale Beziehungen (<i>Sven Chojnacki</i>)	8
2.2 Kriegs- und Friedensforschung (<i>Klaus Schlichte</i>).....	10
2.3 Regionalwissenschaften (<i>Sabine Kurtenbach</i>).....	12
2.4 Praxisnahe Beratung (<i>Christoph Weller</i>).....	13
2.5 Debatte.....	15
3. Gewalt und Krisenprävention aus regionaler Perspektive	17
3.1 Arabische Welt (<i>Hanspeter Mattes</i>).....	17
3.2 Afrika südlich der Sahara (<i>Andreas Mehler</i>).....	18
3.3 Lateinamerika (<i>Sabine Kurtenbach</i>).....	20
3.4 China (<i>Heike Holbig</i>)	21
3.5 Balkan (<i>Wolfgang Sporrer</i>)	23
3.6 Debatte.....	24
4. Kooperation im analytischen Umgang mit gewaltsamen Konflikten	26
4.1 Sprachlosigkeit / Kommunikationsprobleme (<i>Wolf-Dieter Eberwein</i>)	26
4.2 Pluridisziplinäre Forschungsförderung (<i>Thomas Held</i>)	28
4.2 Debatte.....	30
5. Teilnehmerliste	31

Vorbemerkung

Vor dem Hintergrund ordnungs- und sicherheitspolitischer Herausforderungen im 21. Jahrhundert (Wandel der Gewaltformen, Möglichkeiten und Grenzen von Präventions- und Interventionsmaßnahmen) zielte der Workshop zu den „sich kreuzenden Blickwinkeln auf innerstaatliche Gewalt und Krisenprävention“ auf die Herstellung eines „Triologs“ zwischen den friedenswissenschaftlich relevanten Teildisziplinen in Deutschland: Friedens- und Konfliktforschung, Internationalen Beziehungen (IB) und Regionalwissenschaften (*area studies*). Grundsätzlich ist eine solche Dreiecksveranstaltung, die unterschiedliche Teildisziplinen miteinander verbindet, ein notwendiger Ansatz, der neben der inhaltlichen Annäherung einen Anstoß zur Kooperation zwischen den Teildisziplinen bzw. den anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern geben wollte.

Inhaltlich diente der Workshop der systematischen Überprüfung der jeweiligen methodischen und theoretischen Zugänge sowie der Kompatibilität untereinander. Daher sollte ausgewiesenen Vertreterinnen und Vertretern der Teildisziplinen die Gelegenheit gegeben werden, a) die spezifische inhaltliche Orientierung zu präsentieren, b) die erkennbaren friedenspolitischen Defizite zu identifizieren, c) die potenziellen theoretischen, methodischen wie institutionellen Anknüpfungspunkte aufzuzeigen und d) einen ersten Rückbezug auf die Erfordernisse der politischen Praxis herzustellen.

Der Workshop geht auf eine gemeinsame Initiative der Arbeitsgruppe Internationale Politik am WZB und des Deutschen Übersee-Instituts (DÜI) zurück. Zur inhaltlichen Vorbereitung wurde ein am DÜI erstellter Reader zur „Vielfalt von Gewaltkonflikten“ an alle Teilnehmer versandt. Die Veranstaltung wurde dankenswerterweise von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) finanziert.

1. Einführung

1.1 Wissenschaftliche Blickwinkel auf Konflikt und Prävention (Volker Matthies)

Seinen als kommentierende Einleitung angekündigten Vortrag nutzte *Volker Matthies* für einen Blick auf die Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland, ihre Erkenntnisse und Defizite. Eingebunden in diese allgemeine Problemstellung ist die Frage, wie Regionalforschung integriert werden kann bzw. ob Regionalforschung lediglich zur „Illustration“ anderer Disziplinen herangezogen wird.

Während sich die Teildisziplin in den siebziger Jahren auf die strukturellen Dimensionen des Ost-West-Konflikts und die Nord-Süd-Debatte konzentrierte, entwickelte sich in den achtziger Jahren eine intensivere Forschung zu Kriegen in der Dritten Welt bzw. zu Regionalkonflikten, wenn auch noch im Kontext Ost-West-Konflikt (darunter fallen u.a. die Arbeiten von Klaus-Jürgen Gantzel, Volker Matthies und Dieter Senghaas). Die eigentliche „Wiederentdeckung“ des Themas „Krieg“ fällt dann schwerpunktmäßig erst in die zweite Hälfte der neunziger Jahre. In der aktuellen Debatte um die sogenannten „neuen Kriege“ besteht hierbei ein Spannungsfeld zwischen regionalen Ansätzen und der Möglichkeit, sie zu verallgemeinern. So existieren prominente theoretische Ansätze, die in weiten Teilen durch regionale Fälle und Erfahrungen geprägt sind (u.a. Kaldor, Duffield). Bei einem nur selektiven Rückgriff auf empirische Prozesse und Strukturen einzelner Regionen könne jedoch letztlich die Gefahr entstehen, dass gleich zwei Ziele - der empirische wie der theoretische Anspruch - verfehlt werden. Dennoch finden „Regionalspezialisten“ und „Generalisten“ zunehmend zueinander, wie dies auch an einzelnen Forschungsansätzen deutlich wird (z.B. bei Peter Lock, beim Friedensgutachten oder in jüngeren IFSH- und HSFK-Studien).

Grundsätzlich muss man ohnehin die Frage stellen, ob die Teildisziplinen trennscharf voneinander abgrenzbar sind, ob es „die“ IB-Forschung, „die“ Konfliktforschung oder „die“ Regionalforschung gibt. So drängt sich der Eindruck auf, dass es sich bei der Debatte um die „sich kreuzenden Blickwinkel“ um ein „Gejammer auf hohem intellektuellen Niveau“ handelt. Gänzlich überzeichnet scheinen die Grenzlinien jedoch nicht zu sein: Jede Wissenschaft habe schließlich ihren je eigenen Blickwinkel, bestimmte Traditionen aber auch ihre spezifischen Karrieren und Logiken. In der Konsequenz sind Unzufriedenheiten, Überraschungen oder Enttäuschungen über mangelnde wechselseitige Kenntnisnahme gewissermaßen unausweichlich.

Neben dem Austausch der wissenschaftlichen (Teil-)Disziplinen untereinander verdient auch die Situation der Politikberatung besondere Beachtung. Natürlich bestehen zwischen den Sphären der Politik und der Wissenschaft Differenzen, wenn man berücksichtigt, dass die Politik auf einer eher taktischen Machtlogik beruht, während die Wissenschaft stärker einer normativen Vernunftlogik folgt. Zudem drängt sich die Frage auf, ob die Politik wissenschaftliche Beratung überhaupt braucht. Angesichts der Tatsache, dass politische Entscheider zumeist über schnellere, exklusivere und praxisorientierte Informationen verfügen, als die Wissenschaft sie anbieten kann, muss sich die Disziplin auch fragen, ob sie nicht die eigenen Fähigkeiten überschätzt. Kriegsursachen- und Präventionsforscher stehen zudem vor der

Schwierigkeit, Effizienznachweise für ihre Arbeit erbringen zu können. Obwohl sie in jedem Fall kostengünstiger ist als militärisches Eingreifen, eignet sich Prävention auch nicht als populäres Thema, weil ihre Effekte weniger offensichtlich und damit wenig medienwirksam sind. Selbst nach dem 11. September 2001 sind die „Gewinner“ nicht die Wissenschaftler, sondern die Akteure der Sicherheitsapparate.

Ein Austausch zwischen den Disziplinen (Regionalansätze, Konfliktforschung, IB-Forschung) einerseits, zwischen dem engeren Bereich der Forschung und der Politikberatung andererseits ist dann hilfreich, wenn der Blick auf mögliche Mehrwerte, auf Fortschritte in der Kausalitäts- und Ursachenforschung und die Fortentwicklung auch ökonomischer Konzepte und Strategien gelegt wird. Ein wichtiger Baustein künftiger Arbeit müsste auch die empirische Evaluation von Projekten zur Friedenskonsolidierung sein, wie sie derzeit etwa bei der SWP zu Mazedonien, Afghanistan und Usbekistan durchgeführt wird. Hier wird sich auch erweisen, wie zutreffend die bisherigen Ergebnisse theoretischer Forschung sind – womit das generelle Problem eines ausgewogenen Verhältnisses von Theorie und Empirie angesprochen ist. Was schließlich die politische Sphäre betrifft, so dürfe die Reflexion des Machtinteresses nicht unterbleiben, wie auch Prävention eine „realpolitische Härtung“ erfahren müsse. Gleichzeitig gelte es jedoch, die Gefahr einer Militarisierung der Konfliktbearbeitung im Auge zu behalten und weiter zu bekämpfen.

1.2 Regionales Wissen – global-lokales Handeln: Schwachstellenanalyse aus DÜI-Perspektive (Andreas Mehler)

Der Titel des Vortrages von Andreas Mehler bezeichnet zunächst zwei Problemfelder, nämlich einmal die Umsetzung von Wissen in Handeln und zum zweiten ein Mehrebenenproblem „global-lokal-regional“.

Auf der Analyseebene muss die Auswahl und Gewichtung von Konfliktfaktoren und -akteuren variieren und eine regionale Differenzierung vorgenommen werden. Auf der theoretischen Ebene lautet der Vorwurf an die Universalisten: Je höher das Abstraktionsniveau, desto banaler die Aussage. Der an die Regionalisten lautet: ohne Abstraktion keine Vergleichbarkeit. Diese Annahmen führen zu einer gegenseitigen (Nicht-)Wahrnehmung der Disziplinen, von Praxis und Wissenschaft. Die Umsetzung von Erkenntnissen ist allerdings nicht ohne Hilfestellung möglich, denn die Herausforderung für externe Akteure, adäquat auf Eskala-

tionsrisiken in räumlich, sozial, kulturell und auch politisch fernen Gebieten zu reagieren, ist eine gewaltige. Was ist das Problem, wie kann man ihm beikommen?

Was wissen Entscheidungsträger über gewaltsame Konflikte? Zwar sicherlich unterschiedlich viel, aber ihr Interpretationshintergrund ist im Wesentlichen geprägt durch Erfahrungen mit Phänomenen der OECD-Welt. Wenn sie sich mit dem Gegenstand gewaltsamer Konflikte und Kriege auseinandersetzen, stoßen sie auf den *mainstream* der Friedens- und Konfliktforschung, der gleichfalls Erfahrungen aus einem bestimmten, oft genau demselben geographischen Raum und den entsprechenden Sozialisationen aufnimmt und bestenfalls in der europäischen Geschichte nach Analogien zu aktuellen Problemen anderer Weltregionen sucht. Die Antworten auf Probleme aus der Praxis sind dann entweder so hoch aggregiert und notwendigerweise abstrakt, dass sie keinen Erkenntnisgewinn versprechen oder eben weiterhin eurozentrisch bleiben.

Auf Seiten der IB-Forschung dominieren Fragestellungen, die sich mit den Strukturbedingungen des internationalen Systems der Gegenwart beschäftigen. Offensichtlich ist man sich bewusst, dass es eine zunehmende Fragmentierung dieses Systems gibt: regionale Integration durch Verdichtung und Verflechtung einerseits, zunehmend marginalisierte Regionen zumal in Afrika, Asien und Lateinamerika andererseits. Es ist durchaus umstritten und vermutlich variabel, welchen Anteil externe und globalsystemische Faktoren an Krieg und Frieden haben und welchen Anteil eher interne, gesellschaftsimmanente Aspekte haben.

Zudem stehen die Regionalwissenschaften, die sich zu selten als *vergleichende* Regionalwissenschaft definieren, in dem Ruf – so zumindest ein verbreitetes Bild –, empirieverliebt zu sein und folgenlos Wissen anzuhäufen. Dagegen kann argumentiert werden, dass hier existierendes Wissen und doch auch geeignete Interpretationsmuster brachliegen, die sich unmittelbar nutzen lassen. Wer sich mit Konflikten beschäftigt, wird schnell mit der Grundaussage konfrontiert, dass Widersprüche auch Chancen zu Kooperation beinhalten. Um eine Anschlussfähigkeit herzustellen, könnte eine verbesserungsfähige Tiefe der theoretischen Beschäftigung seitens der Regionalwissenschaften eine Möglichkeit sein. Dabei stellt die Krisenprävention ein mögliches Feld einer engen Kooperation zwischen verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen und zwischen Wissenschaft und Praxis dar. Allerdings findet kaum eine systematische Nutzung der Regionalforschung durch die Praxis und auch andere Disziplinen statt. Ein weiterer Faktor sind die in unterschiedlicher Ausprägung schwache Forschungskapazität vor Ort in den Krisenregionen, aber auch ein grundsätzlich zu geringer Austausch zwischen Nord und Süd.

Die gegenseitigen Erwartungen von Wissenschaft und Praxis werden regelmäßig enttäuscht, wobei Arroganz auf beiden Seiten eine große Rolle spielt: Bürokraten glauben grundsätzlich, „ihr“ Land besser als unabhängige Forscher zu kennen, zumal diejenigen, die selten in die jeweilige Region reisen. Schließlich sind sie es ja, die Botschafterberichte empfangen, wobei solche Berichte natürlich keiner Qualitätskontrolle unterliegen. Sie fühlen sich auch oft „schlecht bedient“ von Wissenschaftlern, die eine hermetische Sprache pflegen (Stichwort: Soziologendeutsch), zu sehr differenzieren, viele Fußnoten produzieren und dafür wenige und kaum umsetzbare Empfehlungen und sich nicht kurz fassen können. An all diesen Vorwürfen ist sehr viel wahr. Auf der anderen Seite vermissen die Forscher ein zureichendes Maß intellektueller Offenheit und Diskursfähigkeit bei ihren Partnern, sie schätzen als Länderspezialisten Ministerialangestellte gering, die sich gerade mal drei Jahre mit „ihrem“ Land beschäftigen, und sie hassen es natürlich, komplexe Fragen ungebührlich zu simplifizieren. Sie fühlen sich „schlecht behandelt“ von Praktikern, die auf die große und wachsende Zahl offener Fragen sofortige Antworten erwarten und mit einem „Wer zahlt, schafft an“ die Unabhängigkeit der Expertise untergraben. Auch an diesen Vorwürfen ist eigentlich alles wahr. Dann stellen gerade Regionalforscher auch gern die grundsätzliche ethische Frage, ob man sich erlauben kann, mit einer Politik in Verbindung zu geraten, die sich auf die geleistete Expertise beruft, die allerdings nur selektiv ausgewählt und partiell implementiert wurde. Andere befürchten, als eine Art Geheimdienst missbraucht zu werden, Neutralität aufzugeben, der „schmutzigen Politik“ einer vertrauensunwürdigen Regierungsagentur zu dienen. Diese ethische Frage lässt sich in eine rhetorische Frage umkehren: Gibt es nicht eine moralische Verpflichtung, mit den mehr oder minder exklusiven Einsichten, die man haben kann, einen Entscheidungsprozess zum Besseren zu beeinflussen? Daher besteht eine gemeinsame Verantwortung für fehlende bzw. mangelhafte Kommunikation.

Bedeutet der 11. September eine neue Chance auf Kooperation mit den Regionalwissenschaften? Vielleicht, denn Entscheidungsträger stellen nun fest, wie wenig sie über fremde Kulturen, entfernte Gesellschaften und dortige Gewaltpotenziale wissen, und, dass es sie betrifft. Es besteht aber gleichzeitig seit dem 11. September vermehrt die Gefahr, dass Geheimdienste und Journalismus die Regionalwissenschaften weiter verdrängen.

Daher sollen notwendige Anpassungen der krisenpräventiven Praxis an regionalwissenschaftliche Erkenntnisse in folgenden Bereichen erfolgen:

- Bei der Konzeption: Hier findet sich zu häufig noch ein strukturell optimistisches Bild des Partnerlandes, ein fehlendes Verständnis dafür, was Staat bedeutet, eine Unterschät-

zung länderübergreifender Dynamiken, eine Ausblendung subnationaler Konfliktlagen etc.

- Im Planungsprozess: Werden krisenpräventive Engagements von Konfliktexperten oder Regionalexperten entworfen? Gefahr der Übertragung von Standardlösungen.
- Expertise in der Konfliktanalyse: Gibt es überhaupt die Expertise in den Apparaten, ausreichende Personalkapazitäten? Was ist mit lokaler Expertise?
- Training/Weiterbildung: Die angebotenen Kurse müssen konkret genug sein, handlungsorientiert und vermutlich auch regional spezifiziert.
- Analyseinstrumente und *early-warning*-Systeme: Es gibt hier das Spannungsfeld zwischen Benutzerfreundlichkeit und Analysetiefe. Das kann eigentlich nur durch regionale Anpassung aufgelöst werden, indem die jeweiligen *good-enough*-Systeme auf das empirisch Vorfindbare fokussieren. Bestimmte Eskalationsrisiken werden also nur unter bestimmten regionalen - oder alternativ - konflikttypenbezogenen Vorzeichen abgefragt.
- Politischer Dialog – notwendige Anpassungen. Es macht einen Unterschied, ob ich einen mehr oder minder durch Wahlen legitimierten Regierungsvertreter aus einem weitgehend intakten Territorialstaat vor mir habe oder einen nur dem Namen nach staatlichen Repräsentanten, der sich außerhalb der Hauptstadt nicht einmal frei bewegen könnte.
- *Conflict Impact Assessment* und *Monitoring*: Damit werden im Wesentlichen die Implementierenden selbst betraut, und je nach Qualität des Instrumentariums kann das völlig unzureichend sein. Lokales Wissen und/oder regionalwissenschaftliche Begleitung könnte hier äußerst hilfreich sein.
- Somit stellt sich also die Frage: Werden regional-spezifische Herausforderungen in der Praxis ernst genommen? Wird regional-spezifische Expertise ernst genommen? Und ebenso: geschieht das durch die Fachdisziplinen?

Am Ende noch einige weiterführende, zugespitzte Fragen:

- Warum sind Wissenschaftler - jeglicher Provenienz - nicht in der Lage, Wissen „mundgerechter“ aufzubereiten?
- Warum neigt die Praxis dazu, komplexe Sachverhalte sofort aufzuspalten, zu „sektoralisieren“ und am Ende nicht mehr zusammenzufügen, was eben nicht sachgerecht ist?
- Warum findet die Verknüpfung von Praxisrelevanz und Theorieleitung so wenig Unterstützung in der Forschungsförderungslandschaft?
- Warum hören wir uns nicht richtig zu?

1.3 Debatte

In der anschließenden Debatte zum ersten Block des Workshops wies *Eberwein* einleitend darauf hin, dass Regionalstudien fraglos sinnvoll seien, da Regionen in der Regel die geographisch wie substantiell am engsten miteinander verkoppelten Teilbereiche des internationalen Systems darstellen. Schon dies rechtfertige eine solche Eingrenzung. Regionen seien aber auch im Hinblick auf ihre globale Relevanz ein wichtiger Gegenstand. Nur so könnten, auch gerade im Hinblick auf die spezifischen Gewaltkonstellationen und Präventionsmöglichkeiten, wissenschaftlich fundierte Aussagen gemacht werden. Es wurde allerdings auch die Überlegung geäußert, ob die Beschäftigung mit regionalen Phänomenen nicht lediglich einer gewissen Konjunktur geschuldet sein könnte, die durch den Wegfall größerer Konflikte aus der OECD-Welt entstanden sei (*Kurtenbach*).

Hinsichtlich der Schnittstellen von Wissenschaft und Politik wurde zunächst auf das Problem unterschiedlicher Interessen verwiesen. Natürlich müsse die theoretische Arbeit auch ihren Weg in die Praxis finden. Während die Forschung mit starkem Beratungsanspruch im (vermeintlichen) Wissen um die beste Lösung für künftige Entscheidungen auftrete, habe die Politik oftmals das Interesse, bereits getroffene Entscheidungen im Nachhinein durch wissenschaftliche Argumentation rechtfertigen zu können (*Weller*). Eine prinzipielle „Beratungsresistenz“ politischer Handlungsträger wurde nicht ausgemacht, wohl aber auf die begrenzten Möglichkeiten der Akteure hingewiesen, Ergebnisse wissenschaftlicher Beratung politisch durchsetzen zu können. Fraglos müsse die Beratungsleistung - ohne Einbuße an Tiefe - kurz und handlungsorientiert sein. Dabei dürfe dann aber auch nicht vergessen werden, dass der Beratungserfolg auch eine Frage guten Marketings sei (*Schneckener*). Hier wurde jedoch auch Kritik dahingehend laut, dass speziell der Regionalforschung zunehmend Ressourcen genommen würden. Dies verknappe wertvolle Expertise zu kritischen Regionen und mache komparatistische und damit verallgemeinernde Arbeiten zeitlich nahezu unmöglich; zudem stehe man angesichts international leicht verfügbarer Expertise in Konkurrenz zu anderen Wissenschaftlern, u.a. aus den USA (*Mattes*).

Vor dem Hintergrund der von *Matthies* geforderten „realpolitischen Härtung“ der Präventionsforschung müsse außerdem gefragt werden, ob sich nicht die Politik der Vernunftlogik oder die Wissenschaft der Machtlogik öffnen müsse (*Holbig*). Handlungsorientierte und auf realpolitische Machbarkeiten orientierte Kenntnisse seien zur Bewältigung bestimmter Fragen ebenso unverzichtbar wie die stärker theoretisch und systematisch orientierte Arbeit, die in der Wissenschaft geleistet wird (*Sporrer*). Dabei dürfe insgesamt nicht unterschätzt

werden, welche Kompetenzen bei den Akteuren praktischer Politik lägen. Man müsse sich, je nach spezifischer Problemlage, daher fragen: „*Wer kann was besser?*“.

2. Die verschiedenen Blickwinkel auf Konflikte

2.1 Internationale Beziehungen (Sven Chojnacki)

Ausgangspunkt für den Beitrag von *Sven Chojnacki* war der Rückgriff auf die Schlüsselbegriffe und zentralen begrifflich-analytischen Ausgangspunkte der Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB): *Krieg*, *Staat* und *internationales System*. Gleichzeitig sind diese Begriffe alles andere als unproblematisch, weil sie die Frage aufwerfen, ob der theoretische Zugang die empirische Wirklichkeit heute noch angemessen abbildet. So deuten viele der Veränderungen, die spätestens seit Ende des Ost-West-Konflikts auf gesellschaftlicher, regionaler und globaler Ebene wahrgenommen werden, auf eine veränderte „Wirklichkeit“ hin, die mit klassischen Begriffen bzw. theoretischen Konzepten nur noch bedingt eingefangen werden kann. Dies spiegelt sich in den aktuellen Diskursen über *neue Kriege*, *Staatszerfall* und *Globalisierung* wider. Während die Konzeptualisierung neuer Kriege die These eines qualitativen Wandels des Kriegs bzw. Wandels der Kriegsformen beinhaltet, verweisen Staatszerfall und Globalisierung auf die internen und externen strukturellen Ursachen bzw. Rahmenbedingungen für das Auftreten und die Eskalation neuer Formen der Gewaltanwendung im internationalen System. Ein Schlüsselargument bzw. der zentrale Kritikpunkt an der herkömmlichen Forschung lautet, dass sich viele Kriege der Gegenwart den „einfachen“ und staatszentrischen Erklärungsansätzen entziehen und auch die damit verbundenen (politischen) Einwirkungsmöglichkeiten der Staatengemeinschaft durch Prävention und Intervention an die Grenzen ihrer Wirksamkeit stoßen.

Eingebettet ist die Frage nach der Reichweite zentraler Koordinaten der Internationalen Beziehungen in die übergreifende Debatte des ungleichzeitigen und ungleichmäßigen Systemwandels innerhalb der *scientific community*: Globalisierung mit integrativen Effekten einerseits (Zone des demokratischen Friedens in der OECD-Welt), Regionalisierung mit desintegrativen Effekten andererseits (Fragmentierung, Entgrenzung, Zonen der Gewalt). Damit sind zugleich zwei der zentralen Diskursströmungen innerhalb der IB-Forschung benannt: Während sich der *mainstream* meist institutionentheoretisch angeleitet auf Formen und Auswirkungen komplexen Regierens jenseits des Nationalstaates in der OECD-Welt konzentriert und Demokratisierung im Rückgriff auf das Theorem des demokratischen Friedens für ein

Schlüsselement der Prävention hält, rücken in den Debatten über die negativen Effekte der Globalisierung die Desintegration zahlreicher Regionen sowie die Wechselwirkungen zwischen Kriegs- und Friedenszonen in den Mittelpunkt. Verbunden sind damit a) auf *struktureller Ebene* die Probleme defekter Staatlichkeit bzw. des Staatenzerfalls und die Entstehung bzw. Wirkung von Gewaltmärkten bzw. deren Einbindung in eine globalisierte Kriegswirtschaft, b) auf der *Akteursebene* die Dominanz privater Gewalt- und Sicherheitsunternehmer (Warlords, lokale Milizen, transnationale Militärfirmen) sowie c) auf der *Prozessebene* die Frage der Gewaltdynamik (u.a. Rolle der Zivilbevölkerung, temporäre strategische Allianzbildungen zwischen Gewaltunternehmern). Weitere zentrale Teilbereiche, die zugleich Schnittstellen zu anderen Teildisziplinen aufweisen, sind die sich wandelnde Bedeutung von nichtstaatlichen Organisationen für die Außen- und Sicherheitspolitik (u.a. EZ, humanitäre Hilfe, Mediation), die Frage der Genderproblematik sowie der Einfluss lokaler zivilgesellschaftlicher Akteure in Konfliktgebieten. Neben der anerkannt notwendigen analytischen Durchdringung der neuen Gewaltkonflikte bzw. der damit verbundenen Entdeckungslogik eines jeden Forschers folgt der Perspektivwechsel von Teilen der IB-Forschung auf den Problemkomplex „neuer Kriege“ aber auch einer Markt- und Legitimationslogik, die das populäre Thema als Ressource für die Begründung eigenen Handelns bereithält.

Theoretisch innovative Beiträge der IB-Forschung bewegen sich im Bereich sozialkonstruktivistischer Ansätze, die auf die wechselseitige Bedingtheit von Akteuren und Strukturen abheben und dabei auch historische, soziale und kulturelle Rahmenbedingungen sowie kollektive Identitäten, Ideen und Weltbilder integrieren – dies bedeutet nicht nur die notwendige Erweiterung unseres Verständnisses über Macht und Interesse, sondern erlaubt auch die Herausarbeitung regionalspezifischer Entwicklungen von Prozessen gewaltgesteuerter Fragmentierung bis zur Integration von Interesse- und Wertegemeinschaften. Am Schnittpunkt von Kriegs- und IB-Forschung präsentiert dann beispielsweise Christopher Daase vor dem Hintergrund der Rekonstruktion vergesellschaftungstheoretischer Überlegungen eine Problematisierung des Wandels des internationalen Systems, den er in Beziehung zur Wirkung Kleiner Kriege auf die internationalen Beziehungen und die konstitutiven Normen der Souveränität setzt. Eine der zentralen Thesen lautet, dass die Beziehungen zwischen ungleich vergesellschafteten Akteursgruppen ein entscheidendes Puzzleteil für die Erklärung des Systemwandels bereithalten.

Die tendenzielle Abkehr von (neo-)realistischen Konzepten und die Hinwendung zu konstruktivistischen Ansätzen wird von Debatten über die Angemessenheit quantitativer

und/oder qualitativer Methoden begleitet. So wichtig und richtig dabei der Fokus auf qualitative Forschung wie die Anknüpfung an theoretisch angeleitete vergleichende Fallstudiendesigns sind, die im Übrigen Schnittstellen zur Regionalwissenschaft aufweisen – jedoch nur selten systematisch aufeinander aufbauen bzw. aneinander anknüpfen, so wenig sollte dabei aus den Augen verloren werden, dass Qualität und Quantität zusammengehören bzw. sich komplementär zueinander verhalten – abhängig ist die Wahl der Methode letztlich immer noch von der Fragestellung und dem Forschungsdesign. Bleibt abschließend festzuhalten, dass trotz aller theoretischer und methodischer Entwicklungen ein zentrales Problem ungelöst ist: die analytische Durchdringung der Prozesshaftigkeit sozialer Interaktionen, insbesondere die Analyse der Dynamik von Gewalt einerseits, von Prozessen der Herrschaftsbildung bzw. des Staatszerfall andererseits.

Einen Ansatzpunkt zur Durchdringung dieser Problematik einerseits, der Verknüpfung unterschiedlicher disziplinärer Stränge andererseits bietet das aktuelle Forschungsprojekt am WZB *Wandel der Gewaltformen im internationalen System*: Aus der Perspektive der Internationalen Beziehungen geht es um den sicherheits- und ordnungspolitischen Wandel, der durch neuartige Kriegsformen auf der einen Seite, veränderte Strategien von Prävention und Intervention auf der anderen Seite in Gang gesetzt wird; damit rückt konflikttheoretisch das Problemfeld veränderter Struktur-, Akteurs- und Prozessdimensionen der Gewalt in den Mittelpunkt, zu dem die Problematisierung externer Akteure im Prozess der Konfliktbearbeitung zählt; schließlich wird die Frage nach den Gemeinsamkeiten bzw. Unterschieden neuartiger Gewaltformen im Rahmen eines qualitativ ausgerichteten, vergleichenden Fallstudiendesigns regionalspezifisch fundiert.

2.2 Kriegs- und Friedensforschung (Klaus Schlichte)¹

Klaus Schlichte legte den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf die Perspektive der Kriegsforschung, die als Teil der politikwissenschaftlichen Disziplin „Internationale Beziehungen“ (IB) bis heute international methodisch von quantitativen und theoretisch von utilitaristischen Ansätzen geprägt ist. Thematisch überwiegen Forschungen zu zwischenstaatlichen Kriegen, in der jüngeren Vergangenheit lässt sich allerdings eine Reihe von Bewegungen beobachten,

¹ Siehe dazu grundsätzlich *Schlichte, Klaus* 2002: Neues über den Krieg? Einige Anmerkungen zum Stand der Kriegsforschung in den Internationalen Beziehungen. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 9/1, 113-137.

die indes an der Grundtendenz nichts verändern. In starkem Kontrast zur Gegenwart kriegerischer Gewalt ist die Forschung bis heute an den Problemen der OECD orientiert. Ähnlich wie in der Geschichtswissenschaft und der Soziologie hat die an nicht-westlichen Kontexten orientierte Politikwissenschaft einen steten Abbau erlebt.

Die weit überwiegende Mehrheit der Forschungen zu Kriegen und Konflikten ist keineswegs an einem „friedenspolitischen Interesse“ orientiert, wie es etwa die deutsche Friedens- und Konfliktforschung kennzeichnet. Hauptproduktionsland dieser Wissenschaft sind die USA, und auch der Großteil der nicht-amerikanischen Forschungen ist an den dominierenden US-Theorien und -Methoden ausgerichtet, für die die Kategorie des „nationalen Interesses“ nach wie vor eine maßgebliche normative Orientierung ist. Gleichwohl gibt es eine beträchtliche Forschung zur realen Friedenspolitik, etwa der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen. Diese Forschungen beziehen sich aber überwiegend auf die Erfolge und Fehler dieser politischen Akteure. Eine etwa an nicht-staatlichen Konfliktakteuren orientierte Forschung existiert in den Internationalen Beziehungen nicht. Aus den IB liegen deshalb kaum Arbeiten vor, die jenseits konzeptioneller Diskussionen empirisch reich und theoretisch konzis Konfliktkonstellationen außerhalb der OECD aufarbeiten. Im Mangel an Wissen und Diskussionen über nicht-westliche Kontexte liegt sicher einer der Hauptmängel der IB-Forschung, der von dieser indes noch weitgehend unbemerkt geblieben ist.

Kriegs- und IB-Forschung sind keine isolierte Wissenschaft, sondern sind in weitere wissenschaftliche Felder eingebunden. Dabei stehen die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften sicher eher im Vordergrund als Wissenschaften, deren empirische Gegenstände regional differenziert werden, wie die Geschichtswissenschaft oder die Geographie. In einigen Teilen der Kriegsforschung lässt sich eine „Soziologisierung“ der Perspektive beobachten, die unter anderem Anknüpfungspunkte mit Historikern, Soziologen und Ethnologen eröffnet. Eine institutionalisierte Zusammenarbeit gibt es hier indes nicht.²

Akademische Forschung ist nicht notwendig an den Erfordernissen politischer Praxis orientiert. Hintergrund dessen ist indes nicht nur das schätzenswerte Gebot der Freiheit von Forschung und Lehre, sondern auch, dass die Nachfrage „der Politik“ in Deutschland über persönliche Beziehungen artikuliert wird und institutionell nicht formiert ist. Dennoch stehen die Diskussionen der Kriegs- und IB-Forschung und die politische Praxis nicht unvermittelt gegenüber. Es gibt vielmehr eine breite Übergangszone zwischen politischem und wissen-

² Ansätze und Anknüpfungspunkte gibt es jedoch beispielsweise in der Ad-hoc-Gruppe der DVPW („Ordnungen der Gewalt“), in der auch einige Ethnologen und Soziologen vertreten sind.

schaftlichem Diskurs, und beide Seiten lieben es, sich mit den Federn der anderen zu schmücken – darin liegt das Problem und die Chance auf Renommee derjenigen Institute, die sich in der Grauzone zwischen Politik und akademischer Forschung bewegen. Die Diskussionen der Forschung sind außerdem Teil der politischen Diskurse, in Deutschland so sehr wie anderswo. Über Publikationen und Vorträge sedimentiert das akademische Wissen – oder wenigstens seine Sprachschöpfungen – in öffentliche Diskurse und in Agenden und Programme. Umgekehrt finden auch die Fragen und Programme der „politischen Praxis“ ihren Weg in die Hörsäle und Forschungsprogramme. Kurz: Die Bezüge sind längst da. Zu diskutieren wäre, was von der – überwiegend universitären – Kriegs- und IB-Forschung eigentlich erwartet wird. Zu bedenken ist dabei, dass sich an den wesentlichen Bestimmungsgründen des wissenschaftlichen Betriebs an deutschen Universitäten wenig ändern wird.

2.3 Regionalwissenschaften (Sabine Kurtenbach)

Sabine Kurtenbach hat in ihrem Beitrag zunächst die grundsätzliche Frage aufgeworfen, ob die Regionalforschung heute überhaupt noch Berechtigung habe. Faktisch wird sie gleich von mehreren Seiten kritisiert. So handelt sie sich gegenüber den Metatheorien den Vorwurf der mangelnden Theorie und der reinen Empirie ein. Innerhalb der kulturellen Regionen setzt sie sich der Kritik der Verallgemeinerung aus (kann man etwas über *ganz Lateinamerika* schreiben?) und steht auf diese Weise in einem veritablen Dilemma.

Relativ neu ist, dass in den Regionalwissenschaften die Politik- und Sozialwissenschaften an Bedeutung gewinnen, bisher waren eher die Literatur- und Kulturwissenschaften dominant. Die Praxis dieser neuen Teilwissenschaft ist jedoch unbefriedigend, da Theorie den Fallbeispielen oft nur aufgedrückt wird und andere Bereiche der Wissenschaft den Regionalwissenschaftlern kaum Referenzen gewähren oder auf ihre Arbeiten gar nicht zurückgreifen (so z.B. die IB-Forschung). Andererseits besteht eine Gefahr der Fehlperzeption durch die blinde Übernahme von grob theoretischen Makrokonzepten. So hat etwa die Ideologie der bipolaren Weltordnung eine Ost-West-Brille entstehen lassen, durch die scheinbar jeder Krieg und Konflikt zu einem Stellvertreterkrieg wurde. Ähnlich gestaltet sich die Situation nach dem 11. September 2001: Gewaltbereite nichtstaatliche Akteure etwa, die vorher das Label „Kommunisten“ aufgestempelt bekamen, werden zu Terroristen umdefiniert. Zudem können Regionen nicht einfach kontinental analysiert werden, sondern müssen regionalspezifisch im

Sinne subregionaler Handlungszusammenhänge auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede in ihrer Konfliktgenese, Problematik und Kultur untersucht werden.

Zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft kann abschließend gesagt werden, dass sie sich zwar gegenseitig beeinflussen (so haben Konzepte der Prävention durch die Sektorvorhaben Eingang in das BMZ gefunden), aber dennoch steht es mit diesem Verhältnis wie mit dem eines Betrunkenen zu einer Laterne: Er sucht Halt und nicht Erleuchtung.

2.4 Praxisnahe Beratung (Christoph Weller)

Christoph Weller nahm seine Erfahrungen im Lenkungsausschuss der „Gruppe Friedensentwicklung“ (FriEnt) zum Ausgangspunkt, einige Aspekte einer praxisnahen Sicht auf Konflikte darzustellen. In FriEnt haben sich sieben staatliche und nicht-staatliche Organisationen und Netzwerke der Entwicklungszusammenarbeit (BMZ, EED, FES, GTZ, Misereor, Konsortium Ziviler Friedensdienst, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung/INEF) zusammengetan, um ihre Erfahrungen im Bereich der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung auszutauschen. Die Organisationen wollen damit ihr Wissen über erfolgreiche Möglichkeiten entwicklungspolitischen Handelns für Frieden vertiefen und Chancen engerer Koordination zwischen den Mitgliedern der Gruppe schaffen. FriEnt wertet Informationen über Projekte und praxisrelevante Forschungsergebnisse aus, entwickelt methodische und konzeptionelle Ansätze weiter, fördert den Dialog zwischen den Mitgliedsorganisationen und den Kontakt mit anderen Einrichtungen entwicklungspolitischer Friedensarbeit.

Bei der Betrachtung von Konflikten im Zusammenhang der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) spielt Gewalt eine zentrale Rolle – ihr Ausmaß ist der wichtigste Indikator für Konfliktrelevanz. Außerdem besitzt der Grad der Konflikteskalation eine besondere Bedeutung, weil davon in vielen Fällen abhängig gemacht wird, ob die EZ überhaupt fortgesetzt bzw. wieder aufgenommen wird. Solche Einschätzungen können jedoch differieren, denn je nach Partnern, Umfang der Projekte, regionalen Schwerpunkten etc. liegen unterschiedliche Informationen und Sichtweisen des Konflikts vor, die auch verschiedene Handlungskonsequenzen haben. Um Informationen und Ressourcen der „Konflikt-Analyse“ zu bündeln, bemüht sich FriEnt beispielsweise um gemeinsame Länderstudien für Konfliktregionen, um damit ein fundierteres Verständnis der Konflikte in den Partnerländern zu ermöglichen.

Die Konflikte in den Partnerländern werden in starkem Maße auch von den Einwirkungsmöglichkeiten her interpretiert, was wiederum Einschätzungsdifferenzen begünstigt.

Stehen einem Ministerium primär diplomatische oder entwicklungspolitische Maßnahmen zur Disposition, stehen zwangsläufig unterschiedliche Aspekte von Konflikten im Zentrum der jeweiligen Aufmerksamkeit. Auch zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen der EZ lassen sich ähnliche Einschätzungsdifferenzen aufgrund der Möglichkeiten, auf die Konfliktdynamik einzuwirken, beobachten.

Durch die intensiviertere Beschäftigung mit Konflikten, ihrer Entwicklung, Bearbeitung, Prävention oder gar Beilegung und der Rolle der EZ hierbei hat die Rolle von Gewalt- und Konflikt-Profiteuren für die Konfliktdynamik bzw. die Gewaltprävention erhöhte Aufmerksamkeit erfahren. Dieses aufgreifend beschäftigt sich eine Projektgruppe von FriEnt mit dem Thema „Gewaltökonomien“. Deutlich schwieriger gestaltet sich die Thematisierung der jeweils eigenen Konfliktinvolvierung der EZ und ihrer Partner; es scheint die Einschätzung zu überwiegen, dass die meisten EZ-Maßnahmen ihre Rolle in einem Konflikt und ihre Wirkungen auf die Konfliktdynamik nur am Rande – wenn überhaupt – zu reflektieren haben. Damit zusammenhängend taucht regelmäßig die Frage auf, ob dem Thema „Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung“ in der EZ eher mit einer Sektoralisierung oder der Etablierung als Querschnittsaufgabe zu dienen ist; Ersteres verspricht die intensiviertere Bearbeitung in spezialisierten Projekten, Zweites die Sensibilisierung aller Felder der EZ für Konflikt- und Gewaltgefahren von Transformationsprozessen.

Eine besondere Gefahr der Konjunktur des Themas „Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung“ liegt in seiner Instrumentalisierung als Legitimationsressource für die verschiedensten Maßnahmen und Projekte, ohne dass einigermaßen gesicherte Erkenntnisse über entsprechende Zusammenhänge vorlägen. In den relativ wenigen Studien über die Wirksamkeit von Gewaltpräventionsmaßnahmen sowie in der eng begrenzten Vergleichbarkeit von Konfliktkonstellationen liegt ein erhebliches Problem für den Einsatz gezielter Maßnahmen der Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung in Projekten der EZ. Trotzdem werden entsprechende Fragen regelmäßig an die wissenschaftliche Politikberatung herangetragen. Diese Beratung darf in ihren Antworten und Empfehlungen die verschiedenen Hierarchieebenen der Praxis nicht unberücksichtigt lassen und kann durch eine verbesserte Nachfrage-Orientierung zu nachhaltigerer Wirksamkeit gelangen als durch die klassischen Beratungs-Angebote, die nicht selten an einem Vermittlungsproblem scheitern.

2.5 Debatte

Zu Beginn der Diskussion wurde mit dem Stichwort der Konjunktur bestimmter wissenschaftlicher Debattenverläufe auch auf die Unterschiedlichkeit der vorgestellten Ansätze abgehoben und damit die Frage aufgeworfen, ob sich hier möglicherweise ein Diskurs dem anderen anschließen müsse (*Eberwein*).

In diesem Zusammenhang wurde auf offenkundige Defizite in der IB-Forschung eingegangen. Viele Ansätze seien hier zu sehr dem Blick auf staatliche Akteure verhaftet. Ansätze der Friedensforschung seien diesbezüglich deutlich breiter und offener und damit zum Verständnis von bewaffneten Konflikten besser geeignet, zumal aus normativer Perspektive stärker auf die Einbindung alternativer Akteure und Streitkulturen sowie auf eine bessere Koordination von Einwirkungen gedrängt werde (*Fischer*). Der Analyserahmen der Regionalpolitik sei zudem unentbehrlich, da hier ein Verständnis für den Zusammenhang von Identität und Kultur erarbeitet würde, das auch den Blick für die Ethnisierung, Politisierung und Instrumentalisierung von Konflikt öffne. Erneut wurde daraufhin nach einer Möglichkeit des *added value* der Zusammenarbeit gesucht, da, wie *Andreas Mehler* betonte, die Herausbildung eines *triple expert* wohl nicht erwartet werden könne. Gerade die Konfliktforschung sei ein Beispiel dafür, wie in verschiedenen Disziplinen – und dazu zähle dann auch die Gewaltsoziologie – zum selben Phänomen geforscht würde, ohne sich gegenseitig zur Kenntnis zu nehmen. Möglicherweise seien daher vermittelnde Instanzen erforderlich, da man sonst die gegenseitige Wahrnehmung dem Zufall überlasse (*Mehler*). Gleichzeitig wurde wiederholt ein (vermeintlicher) Hegemonialanspruch der IB-Forschung hinsichtlich innerstaatlicher Konflikte zurückgewiesen bzw. als *concept stretching* kritisiert (*Kreuzer*).

Umgekehrt wurden auch Wünsche an die Ansätze der Regionalwissenschaften adressiert. Regionalforschung müsse Regionen als interaktionsbezogene, integrierte Räume verstehen, die spezifische kulturelle Muster aufweisen bzw. herausbilden. Gleichzeitig aber müssten theoretische und methodische Ansatzpunkte gefunden werden, die es gerade aus Sicht der Präventionsforschung zulassen, neben den Spezifika die Gemeinsamkeiten in den Konflikt-dynamiken herauszustellen (*Eberwein, Chojnacki*). Die grundsätzliche Stoßrichtung wäre weniger das Postulat, *dass* die Disziplinen kooperieren sollten, als vielmehr, *wie* eine Kooperation konkret beschaffen sein könnte (*Eberwein*) und wie Diskurse zusammengeführt werden könnten (*Chojnacki*). Dies sei auch ein Weg, um auf vorhandene Ressourcen zuzugreifen und Doppelarbeit zu vermeiden (*Chojnacki, Kurtenbach*). Eine etwas andere Perspektive präsentierte *Klaus Schlichte* mit dem Hinweis, dass unterschiedliche Herangehensweisen ein natürli-

cher und auch notwendiger Vorgang wissenschaftlicher Dynamik seien, da sie je nach Erkenntnisgegenstand variieren müssten.

Darüber hinaus wurde argumentiert, dass die Grenzen des eigenen Ansatzes je nach Erfordernis flexibel gehandhabt werden könnten. Gerade für die Politikberatung etwa sei der interdisziplinäre Blick außerordentlich wichtig. Während die Arbeit innerhalb eines wissenschaftlichen Paradigmas eine spezifische Perspektive nötig mache, ja sogar erfordere, lege die Politikberatung durch ihre stärker empirische Problemorientierung die Aktivierung möglichst zahlreicher kompetenter Ressourcen nahe (*Sporrer*). Damit verbindet die Kooperation der drei Disziplinen möglicherweise die Ziele einer vermehrt interdisziplinären wissenschaftlichen Forschung mit dem Ziel verbesserter Beratungskapazität. Die Vielfalt der Themen erfordere zwar nach wie vor auch eine Vielfalt der Disziplinen bzw. schaffe ein umfangreiches Methodenangebot. Dennoch eröffne auch die Wissenschaftsgeschichte interessante Beispiele der erfolgreichen Bündelung wissenschaftlicher Kompetenz. Als Weg möglicher Zusammenarbeit wurde die Vereinbarung von Ko-Autorenschaften vorgeschlagen. Außerdem biete der Bereich der *comparative politics* einen methodischen Ansatz, der im vorliegenden Fall fruchtbar gemacht werden könnte (*Schneckener, Kreuzer*). Anknüpfend an die methodischen Vorschläge wurde zudem angeregt, die von *Wolf-Dieter Eberwein* als zentral hervorgehobene Dynamik von Konflikten zum Gegenstand gemeinsamen Interesses zu erheben (*Weller*). Bei der Betrachtung von Konflikten und der Erforschung von Konzepten der Konfliktprävention gehe es letztlich nicht um die Erforschung und Klärung eines Begriffs, sondern um die Entwicklung und Evaluierung einer Technologie (*Eberwein*).

3. Gewalt und Krisenprävention aus regionaler Perspektive

3.1 Arabische Welt (Hanspeter Mattes)³

In seiner Übersicht zur Konfliktvielfalt in der Arabischen Welt präsentierte Hanspeter Mattes zunächst eine Unterscheidung von zwei Formen zwischenstaatlicher Konflikte in der Region: erstens Konflikte, die mit dem Dekolonisationsprozess in Verbindung stehen. Dazu gehören einmal die Bestrebungen zur Wiederherstellung der Souveränität über nationales Territorium und zum anderen Konflikte um den konkreten Grenzverlauf als Folge unpräziser oder nicht anerkannter Grenzen aus der Kolonialzeit. Hinzu kommen Konflikte um knappe oder wertvolle Ressourcen wie Wasser oder Erdöl, die sich vor dem Hintergrund stark steigender Bevölkerungszahlen signifikant vermehrt haben. Die zweite Form zwischenstaatlicher Konflikte fällt insbesondere in die Zeit des Kalten Krieges und umfasst Krisen zwischen Staaten, deren ideologische Ausrichtung konträr zueinander verliefen.

Die innerstaatlichen Konflikte in dieser Region lassen sich ebenfalls in zwei Kategorien einteilen: Ebenso wie bei den zwischenstaatlichen Konflikten findet man einerseits Krisen vor, die eng mit dem postkolonialen Nationenbildungsprozess zusammenhängen, und andererseits Krisen, die im Rahmen ideologischer Differenzen über das gesellschaftliche Entwicklungsmodell auf der Basis bestehender oder sich verschärfender sozialer Probleme ausbrechen. Hier ist insbesondere der Gegensatz zwischen dem islamischen Fundamentalismus und den säkularen Staatseliten zu nennen.

Innerhalb der Forschung hat die Politikwissenschaft die Region nur sporadisch in ihre Analysen miteinbezogen und wenn, dann oft nur unter Rückgriff auf den Islam. Diese Ansätze greifen allerdings zu kurz. Vielversprechender erscheint die Konzentration auf klientelistische Strukturen vor dem Hintergrund der auf einen Führer zentrierten autoritären politischen Systeme der postkolonialen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens (Neopatrimonialismuskonzept). Ein weiteres politikwissenschaftliches Konzept, das auf Analysen angewendet wird, ist das Rentenökonomiekonzept, das Abschöpfungsmechanismen der Eliten u.a. in den Erdölstaaten beschreibt. Als Hauptursachen für zwischenstaatliche und innerstaatliche Konflikte können daher: erstens das koloniale Erbe, zweitens die Knappheit bzw. Ungleichverteilung von Ressourcen, drittens der Komplex *bad governance* auf lokaler, regionaler und zent-

³ Vgl. Faath, Sigrid/Mattes, Hanspeter 2002: Gewaltsame Konflikte in Nordafrika/Nahost: analytische Defizite, schwierige Früherkennung und limitierte Interventionsmöglichkeiten, in: Kurtenbach, Sabine/Mehler, Andreas (Hrsg.), Die Vielfalt von Gewaltkonflikten. Analysen aus regionalwissenschaftlicher Perspektive, Hamburg, 87-129.

ralstaatlicher Ebene sowie viertens die Ideologie bzw. das angestrebte Gesellschaftsmodell genannt werden.

Die Möglichkeit von künftigen Erfolgen in der Krisenprävention ist als eher negativ einzuschätzen, da die Konflikte von extremer Dauer sind (Algerien, Marokko, Sudan), während andere eine sehr kurze Vorlaufzeit hatten und sich damit auch nur schwer prognostizieren lassen.

3.2 Afrika südlich der Sahara (Andreas Mehler)⁴

In seinem Überblick zum Problemkomplex von Gewalt und Krisenprävention betonte *Andreas Mehler* zunächst, dass es bei der Analyse afrikanischer Konflikte zwar ein afrikawissenschaftliches Erbe gibt, was für die Krisenprävention herangezogen werden kann und sollte (dies sei nämlich noch nicht ausreichend geschehen), dass es allerdings andererseits keine dominante Theorie und auch kein konsolidiertes holistisches und dabei praxisrelevantes Konzept gebe. Daher biete sich zunächst eine Festlegung von Analyseebenen an, ohne die Methode der Analyse vorwegzunehmen und damit zwangsläufig den Ausschnitt der Realität und der Bearbeitungsmöglichkeiten zu verkleinern. Die Analyseebenen lauten Struktur/System, Institutionen, Akteure, Verhalten, Ökonomie, Ökologie, Kultur und externe Determinanten.

In den letzten Jahrzehnten haben sich die geographischen Schwerpunkte von Gewaltkonflikten öfter verschoben, derzeit am wichtigsten sind die Konfliktregionen „Greater Horn of Africa“, Große Seen und westliches Westafrika. Die unterschiedlichsten Konfliktformen sind zu unterscheiden, es dominieren immer noch innerstaatliche Konflikte, die allerdings schnell externe Akteure involvieren.

Besonders problematisch erscheint eben die Herausbildung komplexer „Konfliktsysteme“ aus inner- und zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen, die sich durch den Konflikt um Zugang zu Ressourcen (sowohl zu illegalen Gütern und Rohstoffen als auch zu öffentlichen Gütern wie Wasser) verschärfen – wenngleich dies nicht der einzige konfliktpotenzierende Faktor sei. Denn neben ökonomischen und ökologischen Zusammenhängen spielen politische Konfliktgründe wie z.B. die Inklusion/Exklusion von Bevölkerungsgruppen eine entscheidende Rolle. Allerdings kann Ressourcenreichtum einen konfliktverlängernden Fak-

⁴ Vgl. *Mehler, Andreas* 2000: Mehr Wissen, bessere Interpretation, schlüssigere Strategie. Afrikawissenschaftliche Beiträge zur Krisenprävention, in: Kurtenbach, Sabine/Mehler, Andreas (Hrsg.), Die Vielfalt von Gewaltkonflikten. Analysen aus regionalwissenschaftlicher Perspektive, Hamburg, 23-56.

tor darstellen. Dies gilt vor allem für leicht auszubeutende mineralische Rohstoffe wie Erdöl oder Diamanten. Letzteres stellt eine klassische Beute von Warlords dar. Die „Ökonomie der Bürgerkriege“ (Stichpunkte: Warlords, Söldner, Ausbeutung humanitärer Hilfe) rückt zunehmend in das Bewusstsein von Theorie und Praxis, wobei es hier zuweilen um die Erklärung der Fortdauer von gewaltsamen Konflikten und weniger um primäre Konfliktgründe geht. „Konfliktverlängernde Faktoren“ sollten aufgrund dieser neuen Phänomene zunehmend in den Vordergrund wissenschaftlicher Untersuchungen treten. Gleichzeitig müssen auf der Akteursebene private Sicherheitsdienste, traditionelle Geheimgesellschaften sowie externe Mächte (z.B. ehemalige Kolonialmächte) in die Analysen einbezogen werden.

Zwar gibt es generalisierbare Annahmen, die auch auf afrikanische bewaffnete Konflikte zutreffen – wie die Tatsache, dass die meisten Kriege innerstaatlicher Natur sind und der größte Teil der Opfer Zivilisten sind – dennoch geben sie für eine regional-spezifische Konfliktanalyse wenig her – hier wäre eine weitere subregionale Perspektive notwendig und sinnvoll. Zudem lassen sich aus struktureller Perspektive vier Konfliktursachen unterscheiden, von denen drei in ihren spezifisch afrikanischen Ausformungen Zweifel an einem globalen Erklärungsmodell aufkommen lassen: 1. das politische und kulturelle Erbe des Kolonialismus, 2. knappe Ressourcen und ihre ungerechte Verteilung, 3. reproduzierte Chancengleichheit und 4. inadequate Regierungsführung (neopatrimoniale Herrschaft).

Für die praktische und erfolgreiche Umsetzung von krisenpräventiven Maßnahmen gibt es in Afrika sowohl positive als auch negative Rahmenbedingungen. So kann eine im Allgemeinen hohe Akzeptanz von externer Einwirkung als positiv gewertet werden. Auch sollte die Funktion traditioneller Konfliktregelung nicht unterschätzt werden. Allerdings ist diese in Kriegszonen meist nicht mehr intakt. Auch die Tatsache, dass die meisten Staaten zumindest institutionell als demokratisch bezeichnet werden können (trotz Fassadendemokratien), gilt als positiv für präventive Maßnahmen. Negative Faktoren sind das geringe Interesse der internationalen Gemeinschaft am afrikanischen Kontinent (trotz zunehmenden Interesses der USA an Erdölvorkommen und einer damit einhergehenden Neubestimmung der Afrikapolitik), die Vielzahl korrupter Regierungen und deren Zusammenarbeit (siehe Region der Großen Seen, DR Kongo) sowie die Tatsache, dass es zu wenig lokale Akteure auf der zivilgesellschaftlichen Ebene gibt, die ihre Interessen auf internationaler Ebene artikulieren könnten (Interessenkonflikt Zivilgesellschaft; Befriedung vs. Elite; Privilegienerhalt).

Aus der Sicht der Forschung existieren in Hinblick auf afrikanische Konflikte vor allem drei Sichtweisen bzw. Erklärungsansätze: die politisch-ökonomische Sicht, die die Hauptur-

sache in der Ratio der Kriegstreiber sucht, die staatszentrierte Sicht, die Informalität, Staatenzerfallsprozesse und alternative Herrschaftsmodelle untersucht, und die krisenpräventive bzw. entwicklungspolitische Sicht.

3.3 Lateinamerika (Sabine Kurtenbach)⁵

Der lateinamerikanische Kontinent gilt – mit der Ausnahme Kolumbiens – als befriedet. Traditionelle Guerillakriege sind beendet. Die ohnehin in Lateinamerika seltenen zwischenstaatlichen Konflikte sind weitgehend eingedämmt und haben bilateralen und regionalen Kooperationsbemühungen auch im Bereich der Sicherheitspolitik Platz gemacht. Populäre Themen im Zusammenhang der Debatte um die sogenannten „neuen Kriege“, wie Staatszerfall und Terrorismus, treffen auf die meisten Länder Lateinamerikas nicht zu (wieder mit der Ausnahme Kolumbiens).

Allerdings kann der Kontinent keinesfalls als gewaltfrei bezeichnet werden. Im Gegenteil: Lateinamerika hat die höchsten Gewaltraten weltweit (gemessen an Morden pro 100.000 Einwohner). Zudem hat sich die Gewalt hin zu Formen sozialer Gewalt und organisierter Kriminalität gewandelt. Dies impliziert, dass man die Kriminalität in die Betrachtung der Gewaltphänomene mit einbeziehen muss und sich nicht auf kriegerische Auseinandersetzungen beschränken darf. Systematisch lassen sich heute drei Formen der Gewalt unterscheiden, die in unterschiedlichem Maß jeweils spezifische Formen der Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung erforderlich machen: erstens zwischenstaatliche Konflikte, die nach wie vor latent existieren und bei denen es vor allem um Fragen der Grenzziehung und der Ressourcennutzung geht; zweitens die Eskalation des Krieges in Kolumbien, dessen zunehmende Regionalisierung ein erhebliches Konfliktpotenzial im gesamten Andenraum darstellt; und schließlich drittens die Zunahme an allgemeiner und organisierter Kriminalität in der gesamten Region als Ausdruck eines Formwandels der Gewalt. Trotz Befriedung und Demokratisierung ist die soziale Ungleichheit gestiegen, die den Hintergrund der Gewalt teilweise erklärt. Nicht nur die Armut allein, sondern deren Verknüpfung mit einem ungleichem Zugang zu Ressourcen und Partizipationschancen stellt ein hohes Konfliktpotential dar. In keiner anderen Weltregion ist soziale Ungleichheit so hoch wie in Lateinamerika.

⁵ Vgl. Kurtenbach, Sabine/Nissen, Astrid 2002: Der Beitrag der Lateinamerikaforschung zur Analyse gewaltvoller Konflikte, in: Kurtenbach, Sabine/Mehler, Andreas (Hrsg.), Die Vielfalt von Gewaltkonflikten. Analysen aus regionalwissenschaftlicher Perspektive, Hamburg, 57-86.

Die Praxis der Krisenprävention kommt in Lateinamerika in der Regel erst in der Phase des Krisenmanagements an. Dafür ist die Andenregion ein gutes Beispiel, speziell der kolumbianische Konflikt, der in den letzten zehn Jahren eskalierte. Statt rechtzeitig in den Konflikt einzugreifen, gewinnt er erst jetzt an internationaler Aufmerksamkeit, da die Ausweitung auf die gesamte Region deutlich wird. Ein präventives Eingreifen wäre kostengünstiger gewesen, nicht zuletzt, da eine nachhaltige Entwicklung in gewalttätigen Gesellschaften ausbleibt und Gewaltanwendung mit wirtschaftlichen Kosten verbunden ist.

Die Analyse des Konfliktgeschehens muss also ein breites Spektrum an Problemen und Entwicklungen berücksichtigen, wobei die zunehmende Heterogenität der Region eine gesamtregionale Betrachtung erschwert. So hat sich die Lateinamerikaforschung sowohl in der Region wie auch außerhalb mit den gewaltsamen Konflikten zum überwiegenden Teil im Rahmen von empirischen Fallstudien beschäftigt. Oft wurden die Konflikte nur unter einem bestimmten Spektrum analysiert – z.B. dem der Menschenrechte oder der organisierten Kriminalität. Eine breiter angelegte, theoretisch angeleitete, empirisch-systematische Ursachenforschung fehlt. Auf vergleichender Ebene sind eher Formen der Konfliktlösung oder der Vergleich einzelner Guerillagruppen präsent als die systematisch vergleichende und übergreifende Gewaltanalyse. Die zahlreich bestehenden Analysen und Präventionsansätze müssten in stärkerem Maß vergleichend aufgearbeitet werden. Zudem müssten die vergleichenden Studien auch unterschiedliche Gewaltphänomene mit einbeziehen. Zur Findung von Strategien der Konfliktbearbeitung müssten dann auch Fragen der Globalisierung stärker miteinbezogen werden. Die Frage des staatlichen Gewaltmonopols muss gerade unter dem Gesichtspunkt der Prävention beachtet werden. Schließlich ist die stärkere Kooperation verschiedener Fachrichtungen gerade in den Regionalwissenschaften stärker als bisher einzufordern.

3.4 China (Heike Holbig)⁶

Der Beitrag von Heike Holbig konzentrierte sich anhand des Fallbeispiels der VR China auf die Präventionsforschung, die sich in diesem kommunistischen Flächenstaat mit den Begleiterscheinungen eines komplexen Transformationsprozesses auseinander setzen muss. Beschränkt man sich nicht auf die Analyse gewaltsamer Konflikte, sondern bezieht breitere Krisen- bzw. Konfliktformen mit ein, so zeichnet sich eine große Bandbreite von politischen,

⁶ Vgl. Holbig, Heike 2000: Konfliktpotentiale und Lösungsstrategien in der VR China, in: Kurtenbach, Sabine(Mehler, Andreas (Hrsg.), Die Vielfalt von Gewaltkonflikten. Analysen aus regionalwissenschaftlicher Perspektive, Hamburg, 131-152.

wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Faktoren ab, die vielen Beobachtern inzwischen Anlass für Krisenszenarien in der mittleren bzw. längeren Frist von fünf bis zehn Jahren geben, bis hin zum Szenario eines vollständigen Systemszusammenbruchs. Zu den Krisenfaktoren zählen

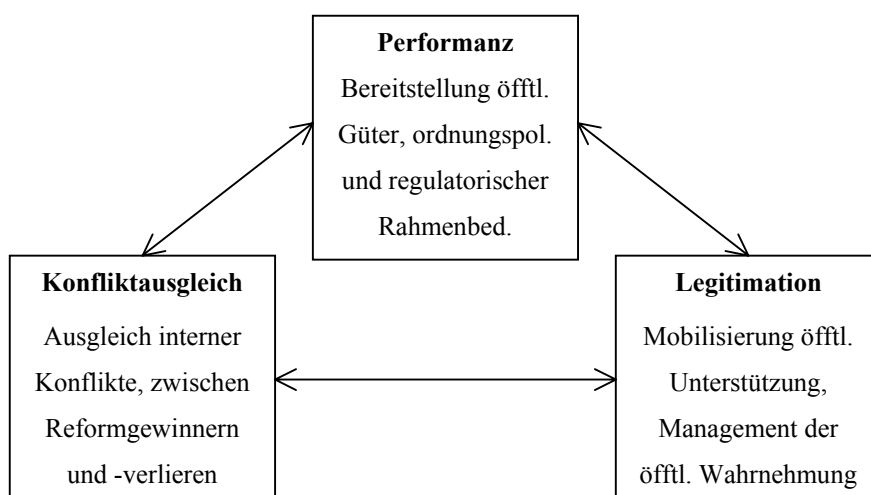
- im soziökonomischen Bereich als Folgen des Transformationsprozesses ein insolventes Bankensystem, defizitäre Staatsunternehmen, eine steigende Arbeitslosigkeit und ein wachsendes Haushaltsdefizit sowie eine wachsende Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient $> 0,5$), nicht zu vergessen die rapide ökologische Degradierung;
- im politischen Bereich als Begleiterscheinungen des autoritären Herrschaftssystems der KPCh weit reichende Demokratie- und Rechtsstaatsdefizite, die seit einigen Jahren allerdings auch in China selbst zunehmend als Problem erkannt und durch Teilreformen aufzufangen versucht werden;
- schließlich Faktoren für gewaltsame Konflikte, die durch staatliche Repressionen gegen bestimmte Gruppen provoziert werden, darunter eine stark fragmentierte Oppositionsbewegung (zerschlagene Demokratische Partei, Gewerkschaftsaktivisten, Exildissidenten, allerdings nur geringe Unterstützung durch meist regimeloyale Intellektuelle) schwelende und ethnisch-religiöse Konflikte (v.a. in Tibet und Xinjiang, wo die staatlichen Repressionen gegen uighurische „Separatisten“ im Rahmen eines hauseigenen „Anti-Terror-Kampfes“ nach dem 11. September 2001 weiter verschärft worden sind).

Liegt angesichts dieser zahlreichen Krisen- und Konfliktfaktoren der Wert einer umfassenden und kontinuierlichen Konfliktanalyse auf der Hand, so sind die Möglichkeiten der Prävention von Krisen und gewaltsamen Konflikten in China mit einigen Fragezeichen zu versehen. Als Problem der Realisierung praktischer Krisenprävention erscheint zum ersten die mangelnde externe Beeinflussbarkeit bzw. Steuerbarkeit von Krisenfaktoren im „technologischen“ Sinn (vgl. Eberwein), schlicht aufgrund der schieren Größe und Unüberschaubarkeit des Landes und der damit verbundenen Dimension der Krisen- und Konfliktpotenziale; die Aufbringung externer Ressourcen erscheint hier sehr schnell unverhältnismäßig.

Gewichtiger erscheint aber das zweite Problem der Legitimierung externer Hilfe zur Krisenprävention, da die chinesische Führung nur sehr bedingt zu einem Eingeständnis von Krisen und Konflikten bereit ist, das ihre eigene Legitimität schmälern würde. Krisenprävention etwa zum Abbau ethnisch-religiöser Konflikte oder zur Stärkung zivilgesellschaftlicher oder demokratischer Kräfte wird als unliebsame Unterstützung oppositioneller Gruppen gewertet und ist daher kaum realisierbar. Grundsätzlich erscheint externe Hilfe nur dort reali-

sierbar, wo sie Problemlösungsansätze und Legitimationsansprüche der parteistaatlichen Führung positiv aufgreift und sich in diese gewissermaßen „einklinkt“. Gleichzeitig aber werden moralische Dilemmata in dem Maße aufgeworfen, wie externe Krisenpräventionsmaßnahmen tatsächlich „regimetragend“ wirken. „Verträgliche“ Beispiele sind hier Maßnahmen im Umweltschutz, Bildung, beim Aufbau eines Systems sozialer Sicherung und rechtsstaatlicher Institutionen – keineswegs Maßnahmen im engeren Sinn der Krisenprävention.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Dringlichkeit der Krisen- und Konfliktbearbeitung in China in umgekehrtem Verhältnis zu den jeweiligen Einwirkungsmöglichkeiten der Krisenprävention in den verschiedenen Bereichen steht. In jedem Fall sind Krisenprävention und Konfliktausgleich nicht losgelöst zu betrachten von Fragen der Performanz und vor allem der Legitimation: Krisenpräventive Eingriffe von außen erscheinen nur dort realisierbar, wo sie Legitimationsansprüche der parteistaatlichen Führung unterstützen und beitragen, die gesellschaftspolitische Balance von Performanz, Legitimation und Konfliktausgleich zu stützen (siehe Schaubild).



3.5 Balkan (Wolfgang Sporrer)

In seiner Konzentration auf das Problem der Friedenskonsolidierung führt Wolfgang Sporrer aus, dass diese auf dem Balkan vor besonderen Herausforderungen steht, da angesichts der Planungen zur Erweiterung der EU und der Konzeption Europas als politischer Raum (mit dem Anspruch gehobener Menschenrechtsstandards) letztlich nicht nur eine Stabilisierung, sondern eine Europäisierung des ehemaligen Jugoslawien angestrebt wird. Beleuchtet man jedoch die friedenskonsolidierenden Techniken der internationalen Gemeinschaft genauer, so

fällt angesichts des teils hoch intrusiven, staatsersetzenden und staatsbeurteilenden Vorgehens auf, dass kaum konsequente Standards für den Aufbau demokratischer Gesellschaften existieren. So besteht die OSZE bei der Reform des politischen Systems in Albanien beispielsweise unter Hinweis auf eine möglichst stabile politische Landschaft auf eine Fünf-Prozent-Hürde. Im Kosovo hingegen drängt die OSZE mit dem Ziel einer möglichst pluralen Repräsentation der Bevölkerung darauf, keine Mindestvoten für den Einzug in das Parlament zu fordern.

Ein Konzept nachhaltiger Stabilisierung, das, wie auf dem Balkan, darauf ausgerichtet ist, die grundsätzliche Dynamik einer Gesellschaft zu verändern, müsse sich nicht zuletzt auch mit der Funktion von *exit-Strategien* auseinandersetzen. Diese werden zwar in der Literatur immer wieder als elementarer Baustein eines friedenskonsolidierenden Konzeptes gefordert. Sie können jedoch bewirken, dass Gruppierungen, die an einem Stabilisierungsprozess nicht interessiert sind, ein Zeithorizont eröffnet wird, ab dem sie alte Strategien wieder verfolgen können, statt zu einer nachhaltigen, friedensorientierten Strategietransformation zu führen.

3.6 Debatte

Die Diskussion hatte sich zum Ziel gesetzt, angesichts der Vielfalt von Gewaltregionen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der spezifischen Konfliktodynamiken herauszuarbeiten, um auf diese Weise beantworten zu können, ob übergreifende Theoriebildung eine Perspektive bietet oder ob die Grenzen dieses Unterfangens zu einer Rückbeziehung auf die regionale Logik zwingen. So wurde die Forderung geäußert, die geschilderten Fälle abermals auf ihre konfliktrelevanten Merkmale und auf ihre internationalen Dimensionen zu überprüfen, da eine erfolgreiche Systematisierung auch die Systematisierung von Präventionsstrategien eröffne (*Eberwein*).

Als Gemeinsamkeit der referierten Regionen lässt sich zunächst herausstellen, dass sich die überwiegende Zahl der Konflikte an Modernisierungsprozessen mit mangelnder Sozialintegration entzündeten, in deren Verlauf das Gewaltmonopol zerfalle oder unterwandert werde. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in Krisenregionen über NGOs, lokale Verwaltungen, Industriestaaten, Weltbank und Vereinte Nationen eine Vielzahl von Prozessen koordiniert werden müsste, biete sich auch hier die Beschreibung als Mehrebenensystem an. Problematisch werde dann allerdings die Fassung des Konzeptes der Krisenprävention, d.h., ob es sich hier um die Selbstbeobachtung globaler „Multiakteurssysteme“ oder um krisenbezogene Entwicklungspolitik handele (*Schlichte*).

Da eine Systematisierung von Konflikten mit organisiertem Gewaltaustrag sich nahezu zwangsläufig immer wieder mit der Funktionalität von Gesellschaften und der Leistungsfähigkeit einer öffentlichen Ordnung, insbesondere des Gewaltmonopols, auseinandersetzt, wurde die Frage laut, ob die Diskussion sich nicht wieder stärker auf die Rolle des Staates beziehen sollte (*Schneckener*). Dies wurde mit dem Hinweis auf ein mögliches Dilemma beantwortet, da Staatsbildung generell ein gewaltsamer Prozess sei (*Schlichte*). Eine massive Verteidigung des Gewaltmonopols könne gar in eine Entwicklung münden, die ihrerseits wiederum humanitäre und menschenrechtliche Notstände entstehen lasse (*Kurtenbach*). Ein stabiler Staat könne als besonders pretiöse Beute möglicherweise noch stärker zu gewalttätigen Konflikten führen (*Kreuzer*).

Aus theoretischer Perspektive erfolgte der Hinweis, dass die Forschung – unter Einbeziehung der regionalen Perspektive – über die Differenzierung von Gewaltformen zu einer Konflikttypologie gelangen könnte, die auch eine Differenzierung von Präventionstechniken erlaube. Dies könnte sich für die unterschiedlichen Akteursgruppen als hochrelevant erweisen (*Chojnacki*). Angesichts eines angenommenen Zusammenhangs zwischen Gewaltformen und Konfliktlagen sei dann jedoch zu überlegen, ob eine regionale Verortung nicht letztlich irrelevant und eine regionale Systematisierung unfruchtbar sei (*Weller, Kreuzer*). Dieser Einwand wurde gestützt durch den Hinweis, dass zu Regionen eher Tendenzaussagen möglich seien, vor Generalisierungen jedoch gewarnt werden müsse (*Mehler*). In den jeweiligen Regionen seien spezifische Gewalkulturen vorzufinden, die mit jeweils bestimmten historischen Erfahrungen mit Konflikten in Zusammenhang stünden (*Kurtenbach*). Angesichts der zuvor diskutierten Hoffnung in den Staat als gesellschaftliches Ordnungs- und Friedenssystem wurde der Vorschlag geäußert, die Expertise zu den genannten jeweils spezifischen kulturellen Bezugssystemen für die Erarbeitung von Ordnungssystemen nutzbar zu machen, die sich angesichts der jeweiligen gesellschaftlichen Realitäten im Sinne einer funktionalen Konfliktprävention eignen (*Seebohm*).

Schließlich müssen sich regionalwissenschaftliche Ansätze durchaus fragen lassen, welche Konsequenzen der vorgenommene Vergleich bzw. das im Band präsentierte Raster für die Theoriebildung und die Generalisierung einerseits hat und ob andererseits ein Rückbezug zur eigenen Forschung stattfindet oder jeder Forscher nur wieder seiner regionalen Logik folgt, d.h., welche konkrete Relevanz das Raster für die zukünftige Forschung hat. Außerdem findet die Debatte über den qualitativen Wandel der Kriegsformen nur bedingt Eingang in die Regionalwissenschaften (*Chojnacki*).

4. Kooperation im analytischen Umgang mit gewaltsamen Konflikten

4.1 Sprachlosigkeit / Kommunikationsprobleme (Wolf-Dieter Eberwein)

Vor dem Hintergrund der teilweise kontrovers geführten Debatten zu den ersten drei Blöcken machte *Eberwein* zunächst deutlich, dass zwar von allen der Begriff Prävention verwendet werde. Dabei blieb jedoch teilweise völlig offen, ob damit ähnliche oder unterschiedliche Vorstellungen verbunden sind. In der Publikation des DÜI etwa wird Prävention integral mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung verknüpft. Diese Verknüpfung erscheint jedoch – vorsichtig ausgedrückt – problematisch. Darum sollte zunächst der Vorschlag gemacht werden, einen engen Präventionsbegriff zugrunde zu legen und Prävention zu definieren als die Verhütung des Ausbruchs von kollektiver Gewalt, der Eskalation von Gewalt und des Wiederaufbrechens von Gewalt. Verbindet man Prävention mit langfristigen Zielvorstellungen wie etwa nachhaltige Entwicklung, wird das Konzept zwangsläufig unpräzise – um nicht zu sagen wertlos.

Diese Eingrenzung auf Prävention als einem Phänomen, das im wesentlichen eine kurzbestenfalls eine mittelfristige zeitliche Reichweite hat, hat den Vorteil, dass damit die Problematik der Konflikt-Dynamik in den Vordergrund tritt. Sie zu verstehen ist entscheidend, da Prävention ja zunächst die Unterbindung gewaltsamen Handelns zum Ziel hat. Strukturen sind zwar potentiell konfliktfördernd, doch die unmittelbaren Ursachen von Gewalt sind sie nicht. Wie sonst ist zu erklären, dass Ungleichheit in den meisten Fällen eben nicht zu Gewalt führt? Wenn zugleich historisches Bewusstsein eine Gewaltursache ist, dann müsste, was logisch daraus folgt, Prävention an den Strukturen und dem Bewusstsein (Identität?) ansetzen. Doch ändern sich Strukturen und Bewusstsein erfahrungsgemäß nur langfristig und sind nur graduell änderbar. Ergo: eine zeitlich begrenzte und inhaltliche Eingrenzung von Prävention ist unvermeidbar.

Die Gegenüberstellung Individualisierung vs. Generalisierung (um dieses begriffliche Gegensatzpaar zu verwenden) erscheint wertlos. Alle Konflikte lassen sich anhand einer bestimmten Anzahl von Kategorien (Merkmale) beschreiben, alle Konflikte zeichnen sich auch durch spezifische Eigenschaften aus. Gerade in dem letztgenannten Falle sind regionalspezifische Kenntnisse notwendig. Vielmehr sollte von einer Komplementaritätsbeziehung ausgegangen werden, die sich allerdings in der Forschungs-Praxis zu bewähren hat.

Forschungsstrategisch wie methodologisch bietet sich somit ein Vorgehen an, das auf einer hinreichenden Anzahl von Fallstudien beruht. Diese können bzw. müssen dann anhand

vergleichbarer Kategorien „re-analysiert“ werden, um festzustellen, inwieweit sich fallspezifische und fallübergreifende Eigenschaften ergänzen, decken oder auch nicht. Das setzt allerdings ein kooperatives Vorgehen voraus.

Zusammenhängend damit sollten wir auch Abschied von einer wie immer gearteten wenn auch nur intendierten Kausalvorstellung nehmen. Der Hinweis von Bremer, es gäbe vermutlich „multiple paths to war“, scheint hier wichtig. Konfliktdynamik heißt ja eine zeitliche Abfolge diskreter Schritte, d.h. Entscheidungen oder Handlungen. Hier liegen vermutlich eher stochastische Prozesse vor als kausale. Zum anderen sollte man auch methodologisch, statt Regressionsanalysen etc. zu benützen, stärker auf Strukturen abbildende Verfahren zurückgreifen, wobei so etwas wie Cluster-Analysen noch den einfachsten Ansatz darstellen.

Das Problem der Evaluierung des Erfolgs von Präventionsmaßnahmen ist sicher nicht einfach zu lösen. Zum einen ist Prävention ja so etwas wie eine Kunstlehre, solange wir über kein technologisches Handlungswissen im Sinne von Albert verfügen. Zum anderen lässt die Analyse eines Falles Erfolgsaussagen nur bedingt, wenn überhaupt, zu. Hier dürfte allerdings der Vergleich weiterhelfen.

Was nun die Praxisdimension betrifft, so zeigte die Diskussion möglicherweise einen problematischen Rückgriff auf bestimmte Stereotypen wie „die Praxis“ oder „die Praktiker“. Wenn auf Fachkenntnisse nicht zurückgegriffen wird, stellt sich zuerst die Frage, ob dies nicht an uns selbst liegt. Der Erfahrung nach ist insbesondere innerhalb der Ministerialverwaltung zum Teil ein hoher Sachverstand vorhanden, auch teilweise eine große Bereitschaft, sich mit wissenschaftlichen Erkenntnissen auseinander zu setzen. Doch das setzt zunächst eine gewisse Überzeugungsarbeit der Forschergemeinde voraus. Skeptischer muss man vielleicht sein, was die eigentliche politische Ebene betrifft. Hier dürfte auch die politische Affinität der potenziellen Berater eine Rolle spielen. Ergo: sollte die Wissenschaft nicht bestimmte Hausaufgaben erledigen?

Um das erste „Abtasten“, das im Workshop stattfand, inhaltlich produktiv fortzusetzen, bietet sich als ein nächster Schritt ein ähnlich gelagertes Treffen an (wenige Teilnehmer, Dauer max. 1 ½ Tage). Allerdings sollte dies dann auf der Grundlage von ungefähr zwei bis drei Papieren geschehen:

- a) eine spezifische (vielleicht auch zwei) Fallstudie,
- b) eine Studie generalisierender Art über einen bestimmten Typ von Gewaltkonflikt,
- c) ein ergänzendes Papier über Prävention zu dem spezifischen Gewaltkonflikt.

Eine solche Diskussion kann dann, wenn die Texte vorher vorliegen, systematisch vorgehen und möglicherweise zur Klärung zumindest der Frage beitragen, wo die Probleme der Komplementarität bestehen.

4.2 Pluridisziplinäre Forschungsförderung (Thomas Held)

Der Geschäftsführer der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF), *Thomas Held*, nutzte die Gelegenheit, um in seiner Suche nach den Möglichkeiten und Grenzen „pluridisziplinärer Forschungsförderung“ zunächst den Grundriss der DSF und ihrer Ziele zu präsentieren. Mit geschichtsträchtigen Sitz in Osnabrück und einem Stiftungskapital von rund 25,5 Mio. Euro wurde die DSF im Oktober 2000 von der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Ministerium für Bildung und Forschung, gegründet. Grundlage hierfür war eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag der rot-grünen Bundesregierung, die eine Wiederaufnahme der „finanziellen Förderung der Friedens- und Konfliktforschung und der Vernetzung bestehender Initiativen“ gefordert hatte.

Mit der Gründung der Stiftung soll ein Beitrag geleistet werden, die Friedensforschung in Deutschland dauerhaft zu stärken und gleichzeitig zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen. Hierbei sollen nicht nur vorhandene Potenziale der Friedensforschung gefördert, sondern auch neue Kapazitäten an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in ihrem Aufbau unterstützt werden. Schon heute deckt die Stiftung in ihrer Förderpraxis ein breites Feld an thematischen Schwerpunkten ab, die von präventiver Rüstungskontrolle und Völkerrecht bis hin zur Konflikttransformation und Krisenprävention reichen. Somit fördert die DSF Projekte sowohl mit sozial- und geisteswissenschaftlichen als auch mit naturwissenschaftlichen Themenstellungen und versucht auf diesem Weg der vielfach geäußerten Forderung in der Forschungs- und Bildungspolitik nach einer verstärkten Berücksichtigung interdisziplinärer Elemente näher zu kommen. Darüber hinaus sollen die Ergebnisse dieser Forschungen zu einer Politik der aktiven Friedensgestaltung beitragen, weshalb bereits bei der Antragstellung Angaben über die Praxisrelevanz bzw. vorgesehene Transferleistungen gefordert werden. Die Zielsetzung der Stiftung besteht aber nicht nur in der Finanzierung innovativer wissenschaftlicher Vorhaben im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung. Sie hat auch den satzungsmäßigen Auftrag, wissenschaftliche Vorhaben zu initiieren, z. B. über die Durchführung von Tagungen. Als zweite Säule der Förderaktivitäten hat die DSF ein umfangreiches Nachwuchsförderungsprogramm vorgelegt, mit welchem in-

novative und auf Dauer angelegte Strukturen aufgebaut werden sollen, insbesondere für die Ausbildung wissenschaftlicher Nachwuchskräfte. Hierzu zählt die Förderung von Masterstudiengängen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung wie auch die Einrichtung einer strukturierten Promotionsförderung. Darüber hinaus soll die Ausschreibung der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur Naturwissenschaft und Friedensforschung dazu beitragen, einen bisher nur wenig entwickelten Zweig der Friedensforschung zu institutionalisieren. In allen Programmteilen fordert die Stiftung ein integratives Konzept von Interdisziplinarität für Lehre und Forschung.

Die Tagung zu den unterschiedlichen Blickwinkeln auf Gewalt und Krisenprävention, so hob Thomas Held hervor, liegt somit inhaltlich wie organisatorisch im Fokus des DSF-Interesses, inter- und pluridisziplinäre Zugänge in Ausbildung und Forschung durch Fördermaßnahmen zu unterstützen. Hiermit soll es gelingen, die Abschottungen zwischen den Fachdisziplinen einzureißen und effektivere Kommunikations- und Kooperationsstrukturen aufzubauen, die dann auch größeren Nutzen für den Wissenschaftstransfer bringen können. Grenzüberschreitungen sollten eigentlich gerade auf dem Gebiet der Friedens- und Konfliktforschung eine Selbstverständlichkeit sein, weil sie Zugänge eröffnen, die der Komplexität von Konfliktursachen und -dynamiken weitaus mehr gerecht werden als disziplinär ausgerichtete Herangehensweisen. Wie die Forschungspraxis aber immer wieder verdeutlicht – und diese Tagung hat es wieder einmal bestätigt –, bereitet es schon große Schwierigkeiten, sich zwischen unmittelbar benachbarten Disziplinen, ja nicht selten sogar zwischen Forschungsrichtungen innerhalb eines Fachgebietes, zu verständigen und gemeinsame Lösungsstrategien zu entwickeln. Insofern ist es häufig schon als ermutigendes Beispiel zu sehen, wenn multidisziplinäre Projekte zustande kommen, in welchen Problemstellungen additiv, d. h. in Form einer disziplinengebundenen Zusammenarbeit, erfolgen.

Interdisziplinarität stellt aus den genannten Gründen ein wichtiges – aber kein ausschließendes – Qualitätskriterium der Stiftung bei der Auswahl der Projekte dar, wenngleich es zum gegenwärtigen Zeitpunkt angesichts begrenzter Finanzmittel nur bedingt möglich ist, derartige Forschungsvorhaben mit der eigentlich notwendigen Ausstattung zu fördern. Es handelt sich derzeit also noch um ein erstes Herantasten an mögliche Kriterien und Konzepte, die zu einer Verstetigung interdisziplinärer Herangehensweisen führen sollen.

4.3 Debatte

Die grundsätzliche Debatte zu den „Kommunikationsproblemen“, die *Wolf-Dieter Eberwein* in seinem Beitrag identifizierte, setzte zunächst an Vorschlägen zur Gestalt künftiger Kooperationsformen an. Angeregt wurden gemeinsame Forschungsprojekte, die auf gemeinsamer Fallauswahl und der gemeinsamen Erarbeitung übergreifender Fragestellungen aufbauen könnten (*Kurtenbach*). In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass das gegenwärtig am WZB bearbeitete DSF-Projekt zum Wandel von Gewaltformen in nächster Zeit am DÜI vorgestellt wird, um so den inhaltlichen und theoretischen Austausch fortzusetzen; zudem wurde vereinbart, die jeweiligen Analyseraster kritisch abzugleichen (*Chojnacki*).

Darüber hinaus wurde betont, angesichts der gegenwärtigen, dringend benötigten Entwicklung den Einsatz von friedenskonsolidierenden Instrumenten einer Evaluierung zu unterziehen (*Eberwein*). Gleichzeitig wurde freilich vor der Gefahr einer Entkoppelung verschiedener Sektoranalysen (*Schneckener*) und vor theoretischen Mängeln einiger Fallstudien gewarnt (*Nissen*), welche die Notwendigkeit eines übergreifenden Ansatzes im Allgemeinen und regionalwissenschaftlicher Expertise im Speziellen unterstreichen. Zuvor sollte daher eine interdisziplinäre Schärfung und Vergewisserung über die Begriffe der Friedenskonsolidierung und Konfliktprävention stattfinden (*Weller*).

Der Beitrag von *Thomas Held* zur pluridisziplinären Forschungsförderung stieß überwiegend auf positive Resonanz, wenngleich doch zu bedenken gegeben wurde, ob und inwieweit interdisziplinäre Forschungstätigkeit als Bedingung der Wissenschaftsförderung gleichsam verordnet werden könne. Qualitativ überzeugend seien inter- bzw. pluridisziplinäre Ansätze doch eher dann, wenn sie „organisch“ aus inhaltlichen oder organisatorischen Sachzwängen entstünden (*Mehler*). Andererseits bedürften auch monodisziplinäre Ansätze der Beachtung, da auch und gerade innerhalb spezifischer Diskurse qualitativ hochwertige Fortschritte erzielt würden (*Schneckener*). Gleichzeitig wurde Kritik an dem Umstand geäußert, dass die Förderungsvolumina der DSF für einen wahrhaft interdisziplinären Ansatz letztlich zu kurz griffen, da die zur Verfügung stehenden Mittel nur für eine bzw. zwei halbe Stellen über den Zeitraum von zwei Jahren ausreichten. Die Stiftung ist sich – so entgegnete Thomas Held – dieses Problems zwar durchaus bewusst, könne aber letztlich nur mittelfristig auf eine Ausweitung der Förderung in diese Richtung hinarbeiten. Ferner gehe es nicht um eine „Verordnung von Interdisziplinarität“, sondern darum, die Chancen und Optionen eines interdisziplinären Ansatzes besser als bisher zu nutzen. Dies schränke zudem in keiner Weise den Wert und die Förderungswürdigkeit monodisziplinärer Vorhaben ein.

5. Teilnehmerliste

<p>Dipl.-Pol. Björn Aust Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik Freie Universität Berlin Ihnestr. 21 D-14195 Berlin bj@zedat-fu-berlin.de</p>	<p>Dr. Sven Chojnacki Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) Arbeitsgruppe Internationale Politik Reichpietschufer 50 D-10785 Berlin svencho@wz-berlin.de</p>
<p>Prof. Dr. Wolf-Dieter Eberwein Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) Leiter: Arbeitsgruppe Internationale Politik Reichpietschufer 50 D-10785 Berlin wdeberwein@yahoo.de</p>	<p>Dr. Martina Fischer Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung Altensteinstr. 48a D-14195 Berlin martina.fischer@berghof-center.org</p>
<p>Thomas Held Geschäftsführer Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) Am Ledenhof 3-5 D-49074 Osnabrück theld@bundesstiftung-friedensforschung.de</p>	<p>Katharina Hofmann Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) Arbeitsgruppe Internationale Politik Reichpietschufer 50 D-10785 Berlin hofmann@wz-berlin.de</p>
<p>Dr. Heike Holbig Institut für Asienkunde (IfA) Rothenbaumchaussee 32 D-20148 Hamburg holbig@ifa.duei.de</p>	<p>Dr. Peter Kreuzer Hessische Stiftung Frieden- und Konfliktforschung (HSFK) Leimenrode 29 D-60322 Frankfurt am Main kreuzer@hsfk.de</p>
<p>Dr. Sabine Kurtenbach Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) Alsterglaxis 8 D-20354 Hamburg Kurtenbach@public.uni-hamburg.de</p>	<p>Dr. Hanspeter Mattes Deutsches Orient-Institut (DOI) Neuer Jungfernstieg 21 D-20354 Hamburg hmattes@doihh.de</p>
<p>Prof. Dr. Volker Matthies Institut für Politikwissenschaft Universität Hamburg Lydiaplatz 3 D-22041 Hamburg volkermatthies@t-online.de</p>	<p>Dr. Andreas Mehler Institut für Afrikakunde (IAK) Neuer Jungfernstieg 21 D-20354 Hamburg andreas-m-iak@uni-hamburg.de</p>

<p>Astrid Nissen Nachwuchsgruppe "Mikropolitik bewaffneter Gruppen" Humboldt-Universität zu Berlin Institut für Sozialwissenschaften Unter den Linden 6 D-10099 Berlin astrid.nissen@rz.hu-berlin.de</p>	<p>Dr. Klaus Schlichte Humboldt-Universität zu Berlin Institut für Sozialwissenschaften Unter den Linden 6 D-10099 Berlin kschlichte@yahoo.com</p>
<p>Dr. Ulrich Schneckener Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Ludwigkirchplatz 3-4 D-10719 Berlin ulrich.schneckener@swp-berlin.org</p>	<p>Wolfgang Schreiber Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) Institut für Politische Wissenschaft Universität Hamburg Allende-Platz 1 20146 Hamburg Wolfgang_Schreiber@public.uni-hamburg.de</p>
<p>Sergius Seebohm Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) Arbeitsgruppe Internationale Politik Reichpietschufer 50 D-10785 Berlin seebohm@wz-berlin.de</p>	<p>Wolfgang Sporrer Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) Falkenstein 1 D-22587 Hamburg Wolfgang.Sporrer@gmx.net</p>
<p>Dr. Christoph Weller Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) Universität Duisburg Geibelstr. 41 D-47057 Duisburg weller@uni-dueisburg.de</p>	

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

1997

P 97-301
Wolf-Dieter Eberwein
Die Politik Humanitärer Hilfe: Im Spannungsfeld von Macht und Moral

P 97-302
Yasemin Topçu
Die Neugestaltung staatlicher humanitärer Hilfe in der Bundesrepublik Deutschland

P 97-303
Wolf-Dieter Eberwein
**Umwelt – Sicherheit – Konflikt
Eine theoretische Analyse**

P 97 – 304
Peter Brecke
Using Pattern Recognition to Identify Harbinger Configurations of Early Warning Indicators

1998

P 98 – 301
Wolf-Dieter Eberwein
Die deutsch-polnischen Beziehungen: Integrations-theoretische Überlegungen

P 98 –302
Wolf-Dieter Eberwein
Sven Chojnacki
**Disasters and Violence 1946 – 1997.
The link between the natural and the social environment**

P 98 – 303
Catherine Götze
Humanitäre Organisationen und Zivilgesellschaft. Konzeptionelle Überlegungen zum zivilgesellschaftlichen Charakter von Nichtregierungsorganisationen

P 98 – 304
Ortwin Renn und Andreas Klinke
Risikoevaluierung von Katastrophen

P 98 – 305
Matthias Ecker
**Die „Deutsch-Polnische Elitestudie“:
Konstruktion und Repräsentativität der deutschen Stichprobe**

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

1999

P 99-301

Basil Kerski

Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990

P 99-306

Nikola Gillhoff

Die Errichtung eines ständigen Internationalen Gerichtshofes – Beginn einer neuen Ära?

P 99-302

Yasemin Topçu

Humanitarian NGO-Networks – Identifying Powerful Political Actors in an International Policy-Field

P 99-307

Matthias Ecker

‘Political Boundary Making‘ toward Poland: Social Identities and Interest-Formation in German Elite Reasoning

P 99-303

Wolf-Dieter Eberwein

Sven Chojnacki

The Capacity and Willingness to Act Two Constitutive Elements of Strategy Design

P 99-304

Catherine Götze

Von der humanitären zur Entwicklungshilfe. Entwicklung, Konflikt, Nothilfe und die ambivalente Aktualität des Kontinuumkonzeptes

P 99-305

Uta Bronner

Helfer in humanitären Projekten: Strategien und Probleme der Personalplanung

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

2000

P 00-301

Sven Chojnacki

Wolf-Dieter Eberwein

**Die Kultur der Prävention:
Ein Ansatz zur Zivilisierung
internationaler Politik?**

P 00-305

Sarah Reichel

**Transnational Administrations
in former Yugoslavia:
A repetition of failures or a
necessary learning process toward
a universal peace-building tool
after ethno-political war?**

P 00-302

Peter Brecke

**Risk Assessment Models and
Early Warning Systems**

P 00-306

Francois Jean

Tschetschenien – Moskaus Rache

P 00-303

Tørris Jæger

**Die Schutzfunktion humanitärer
Hilfe**

P 00-304

Michael Schloms

**Divide et impera –
Totalitärer Staat und humanitäre
Hilfe in Nordkorea**

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

2001

P 01-301

Matthias Ecker-Ehrhardt

**Werte, Identität,
Gemeinschaftssinn?
Ergebnisse der „Deutsch-Polnischen
Elitestudie“**

P 01-306

Michael Schloms

**Humanitarianism and Peace.
On the (im)possible inclusion of
humanitarian assistance into peace-
building efforts**

P 01-302

Wolf-Dieter Eberwein

**Humanitäre Hilfe, Flüchtlinge und
Konfliktbearbeitung**

P01-307

Wolf-Dieter Eberwein

**Realism or Idealism, or both?
Security Policy and Humanitarianism**

P 01-303

Wolf-Dieter Eberwein

Sven Chojnacki

**Stürmische Zeiten? Umwelt, Konflikt
und Sicherheit**

P 01-304

Wolf-Dieter Eberwein

Sven Chojnacki

**Scientific Necessity and Political
Utility. A Comparison of Data on
Violent Conflicts**

P 01-305

Wolf-Dieter Eberwein

Basil Kerski (Hg.)

**Deutsch-polnische Beziehungen zehn
Jahre nach der Unterzeichnung des
Nachbarschaftsvertrages: Eine Werte-
und Interessengemeinschaft?**

Arbeitsgruppe Internationale Politik

Discussion Papers

2002

P 02-301

Sébastien Chartrand

**Politics of Swedish Humanitarian
Organizations: Exporting the
Welfare State?**

P 02-302

Yasemin Block

**Whoever Pays the Piper Calls the
Tune: Gleichklang oder Polyphonie?
Humanitäre Konzeptionen und die
Bandbreite humanitärer Hilfe der
Geberländer**

P 02-303

Matthias Ecker-Ehrhardt

**Die deutsche Debatte um die EU-
Osterweiterung – Ein Vergleich ihres
ideellen Vorder- und Hintergrundes**

Bestellschein

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
Presse- und Informationsreferat
Reichpietschufer 50
D - 10785 Berlin

Absender: _____

Bitte schicken Sie mir folgende Veröffentlichungen des WZB:
Please send me the following WZB Papers:

Paper Nr.:	Autor:

Paper-Bestellungen: Briefmarken erbeten

Wir erbitten von allen Bestellern, die papers vom WZB anfordern, eine **0,51-Euro-Briefmarke pro paper** als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem Ausland werden gebeten, für jedes bestellte paper einen "Coupon-Réponse International" (internationalen Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen.

Aus diesem Grund ist es auch **nicht** möglich, Bestellungen von papers **per Telefon, Fax** oder **E-mail** an das WZB zu richten. Schicken Sie ihre Bestellungen nur schriftlich an die WZB-Pressestelle und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit ihrer eigenen Adresse versehenen **Aufkleber** bei.

Stamps for papers

We ask for a **0,51-Euro-postage stamp** per paper from all those who wish to order WZB papers, and who live in Germany. These stamps contribute to the shipment costs incurred. All persons interested in WZB papers from abroad are kindly requested to send one "Coupon-Réponse International" (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.

Because of this, it is not possible to order papers over the **phone, by telefax or E-mail**. Please send your orders only by letter to the WZB Press and Information Office, and add to the postal stamps a sticker with your own address written on it.

